

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1924

205 (27.5.1924) Morgenausgabe

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Chefredakt. H. v. Laer. Verantwortl. f. Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtsch., badischen u. lokalen Teil: Heinz Gerhardt; für Feuilleton: H. Weid; für „Pyramide“: Karl Joch; für Inserate: H. Schriever, sämtl. in Karlsruhe, Druck u. Verlag G. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstr. 1. Berliner Redaktion: Dr. Rich. Jäger, Berlin-Kantow, Mozartstr. 37, Telefon: Zentrum 423. Für unerlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion: 11-12 Uhr.

Anzeigenberechnung: für die neugespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 25 Goldpfennig, auswärts 30 Goldpfennig, Reklamezeile 80 Goldpfennig, an erster Stelle 90 Goldpfennig. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12 Goldpfennig. Rabatt nach Tarif. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanhänge: Geschäftsstelle Nr. 18, Verlag Nr. 21 und 297, Schriftleitung Nr. 20, Hauptschriftleiter Nr. 21, Postfachkonto Nr. 9547 Karlsruhe.

Unterhaltungsbeilage / Der Lesekreis / Literaturbeilage / Technik / Für die Frauen / Wandern u. Reisen / Turn- u. Sportzeitung / Ratgeber für Landwirtschaft u. Tierzucht

Der Rücktritt des Reichskabinetts.

Die Parteiberatungen vor der Entscheidung.

3. Von unserer Berliner Redaktion wird uns berichtet:

Nachdem die Deutsche Volkspartei beschlossen hatte, die Demission der Reichsregierung zu verlangen, trat die Deutschnationale Fraktion zu ihrer entscheidenden Sitzung zusammen. In dieser Sitzung, die bis in die späten Abendstunden dauerte, kam allgemein die Ansicht zum Ausdruck, daß die Partei dem Rufe der Wählerenschaft folgen und aktiv in die Regierungsgeschäfte einzuwirken müsse, sofern ihr das nicht durch die Bedingungen der anderen Parteien unmöglich gemacht wird. Deshalb hat die Fraktion beschlossen, den Koalitionsparteien nicht eine Antwort zu erteilen, welche die Tür zum Verhandlungsszimmer für die Regierungsbildung zuschlägt. Da für die Verhandlungen zwischen den Parteien strengste Vertraulichkeit verabredet worden ist, so wurde der Wortlaut der Antwort, die formell an den Mittelsmann, die Deutsche Volkspartei, ergeht, nicht bekannt gegeben.

Wie wir erfahren, bringt die Partei zunächst in ihrer Antwort zum Ausdruck, daß sie einwilligend ist, sich an der Regierungsbildung in der ihrer Stärke und dem Ergebnis der Wahlen entsprechenden Weise zu beteiligen.

Die Partei weist weiter darauf hin, sie habe den Beweis für ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Verantwortung bereits dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie in der Person des Großadmirals v. Tirpitz eine Persönlichkeit vorgeschlagen habe, die, wenn sie auch auf Grund des deutschnationalen Parteiprogramms in den Reichstag gewählt worden sei, doch durch ihre Vergangenheit u. das Vertrauen, das sie in den Reihen ihrer Parteifreunde genießt, geeignet erscheine, den Mittelpunkt für die Bildung einer arbeitsfähigen Regierung darzustellen. Die Fraktion ist nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Führerpersönlichkeit den Verhandlungen über die Form der Regierung vorangehellt werden müsse, weil sie glaubt, daß die großen politischen Schwierigkeiten nicht so sehr durch parlamentarische Formalitäten als durch Führerpersönlichkeiten gelöst werden können.

Der dritte Teil der Antwort enthält nach unseren Informationen praktische Vorschläge für eine materielle Einigung zwischen den für eine Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien. Die Fraktion hat sich nicht der Notwendigkeit verschlossen, daß eine gewisse Kontinuität mit der Politik der abtretenden Regierung gewahrt werden muß. Sie hat aber auch zum Ausdruck gebracht, daß sie die deutschen Unterhändler nicht mit gebundenen Händen dem Ausland gegenüberstellen darf, so daß sie schon vor einer vorweggenommenen materiellen Entscheidung in der Außenpolitik stehen. Die Fraktion wird vor Beginn des Plenums um 13 Uhr nochmals zu einer Sitzung zusammentreten.

Diese Antwort der Deutschnationalen wurde um 9 Uhr abends dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz übergeben. Nachdem die Antwort überreicht war, traten die Führer der Mittelparteien sofort erneut zu einer Besprechung zusammen, an der u. a. auch der Reichskanzler und die Minister Dr. Stresemann und Hamm teilnahmen. Die Besprechung war sehr kurz. Es wurde beschlossen, die außenpolitischen Richtlinien der Mittelparteien der Öffentlichkeit zu übergeben, so daß in den Morgenblättern diese Richtlinien und die Antwort der Deutschnationalen sich vor der gesamten Öffentlichkeit gegenüberstellen.

Diese Veröffentlichung soll als Antwort an die Deutschnationalen gelten. Der Kernpunkt der ganzen Sache war, daß die Deutschnationalen sich bereit erklären sollten, das Sachverständigen-

gutachten als einheitliches Ganzes anzuerkennen.

Nach der Antwort der Deutschnationalen gelten die Verhandlungen der Mittelparteien mit diesen als abgebrochen, und es muß nunmehr angenommen werden, daß das Kabinett alsbald zurücktritt. Die weitere Entscheidung ist dann in die Hand des Reichspräsidenten gelegt. Die entscheidende Kabinettsitzung wurde auf 10 Uhr abends einberufen und war in der 11. Abendstunde noch nicht beendet.

Die Beratungen des Kabinetts und der Parteien.

Berlin, 26. Mai. Wie die Blätter mitteilen, werden heute abend nach der entscheidenden Fraktionssitzung der Deutschnationalen die Führer der Mittelparteien mit den Deutschnationalen nochmals zusammentreten, um die Lage zu beraten, die sich aus den Fraktionsbeschlüssen ergeben hat. Auch das Reichskabinett wird zu einer Sitzung zusammentreten, in der darüber Beschluß gefaßt werden soll, ob das Kabinett zurücktritt. Die Blätter halten es für wahrscheinlich, daß die Reichsregierung dem Reichspräsidenten noch heute ihre Demission überreichen wird. Da die Deutschnationalen, denen nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Parteien der Mitte die Regierungsbildung übertragen wird, den Blättern zufolge aber nicht in der Lage sein dürften, eine Mehrheit für ihr außenpolitisches Programm zu finden, rechnen die Blätter mit der Wiederkehr der jetzigen Regierung mit einigen Änderungen in der Zusammenfassung des Kabinetts.

Die Haltung des Zentrums.

Berlin, 26. Mai. Laut „Germania“ kam in einer Tagung des Reichsparteivorstandes der Zentrumspartei folgende Willensmeinung zum Ausdruck: Die Zentrumspartei muß in der gegenwärtigen Schicksalsstunde einer sachlich notwendigen Politik gerecht werden. Parteilastische Überlegungen dürfen ihre Entscheidung nicht beeinflussen. Soweit es in ihrer Macht liegt, muß sie alles daran setzen, um auf Grund des Sachverständigengutachtens zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen.

Die deutsche Volkspartei fordert den Rücktritt des Kabinetts.

1. Berlin, 26. Mai. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 26. Mai einstimmig beschlossen, insofern der bisherigen Haltung der Reichsminister Stresemann und Jarres die Demission des Kabinetts zu fordern, um die Bahn frei zu machen für die verfassungsmäßige Aufgabe des Reichspräsidenten, eine den neuen parlamentarischen Verhältnissen entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen.

Der Rücktritt der Reichsregierung.

1. Berlin, 27. Mai. Die Reichsregierung hat in ihrer Sitzung vom 6. Mai beschlossen, bis zum Zusammentritt des Reichstags im Amt zu bleiben. In Verfolg dieses Beschlusses hat die Reichsregierung erneut zu dieser Frage Stellung genommen und einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten nunmehr ihre Demission zu überreichen. Der Reichspräsident hat die Demission entgegengenommen und das Reichskabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

Das außenpolitische Programm der Mittelparteien.

6. Berlin, 26. Mai. (Sig. Drahtber.) Das außenpolitische Programm der Mittelparteien, das in den Besprechungen der letzten Tage mehrfach erörtert wurde, hat folgenden Wortlaut: „Das Gutachten der Sachverständigen bildet den ernsthaftesten Versuch, eine friedliche Lösung der Reparationsfrage herbeizuführen. Es

ist ein einheitliches und unteilbares Ganzes. Diese Anteilbarkeit des Gutachtens macht den Beginn deutscher Leistungen abhängig von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität des Reiches, die die Wiederherstellung der Verwaltungshoheit in sich schließt. Sie schließt den Gedanken nach, daß die Reparationsgläubiger einzelne Gebiete des Reiches als Reparationsprovinzen behandeln und sie zum Gegenstand der Pfandausbeutung machen. Nach Ansicht der Reparationskommission ist das Gutachten die Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage. Bei diesem Charakter des Gutachtens bedeutet seine Inkrassierung den Frieden in der seit Jahren umfänglichen Reparationsfrage und damit die Erledigung aller Kämpfe, die diesem Frieden vorangegangen sind.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit des Reiches als Voraussetzung für die Produktivität deutschen Gebiets ist aber erst gesichert, wenn alle Deutschen die Hoffnung haben, in ihrer Heimat sich ungehindert der Arbeit hinzugeben, insbesondere dann die innere Bereitschaft, die in Deutschland für die erforderliche Steigerung der Produktivität und die Annahme schwerer Lasten notwendig ist, niemals geschaffen werden, solange das traumatische Schicksal tausender Ausgewiesener und der ihrer Freiheit beraubten Deutschen die Nation belastet und beunruhigt.

Da das Sachverständigengutachten ein einheitliches und unteilbares Ganzes ist, so kann es auch nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden. Die Unstimmigkeiten und Widersprüche, die an einzelnen Stellen des Gutachtens und auch redaktionell in der Fassung des Textes hervortreten, dürfen nach deren Klarstellung keine reibungslose Durchführung ermöglichen.

Ferner muß bei den Beratungen über die zu verabschiedenden Gesetze, sowie über die Gestaltung der Reichseinnahmen und der Währungsbank der maßgebende deutsche Einfluß in der Führung der Unternehmungen sichergestellt werden.

Wir erwarten, daß die Regierung alles tut, um in dieser Beziehung unsere lebenswichtigen Interessen zu wahren. Dem Gutachten selbst können wir nur mit den Vorbehalten zustimmen, die auch die Sachverständigen bezüglich seiner Durchführbarkeit selbst gemacht haben. Wir gehen dabei davon aus, daß das Sachverständigengutachten als einheitliches und unteilbares Ganzes auch von den übrigen Nationen anerkannt wird, daß seine Auslegung mit autem Willen erfolgt und insbesondere dabei nicht nur die Wiederherstellung unserer Souveränität in Wirtschaft, Finanzen und Verwaltung, sondern auch die Aufrechterhaltung der neuen deutschen Währung im internationalen Zahlungsverkehr gewährleistet ist.

Die Lösung der Reparationsfrage durch das Gutachten bedeutet die Wiederherstellung aller vertragsmäßigen Rechte des Deutschen Reiches und damit die Freiheit der nicht vertragsmäßig besetzten Gebiete von jeder Besetzung, sowie die Wiederherstellung des Rheinlandabkommens für die vertragsmäßig besetzten Gebiete und die Gewährleistung der Rechtssicherheit für deren Bewohner. Wir erwarten von der Regierung, daß sie mit Entschiedenheit diese Freiheit sichert.

Die unterzeichneten Parteien sind einzig in dem starken nationalen Willen, die Regierung bei einer nach den vorliegenden Grundfragen geleiteten Außenpolitik zu unterstützen und sich für die Durchführung der zu diesem Zwecke erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen einzusetzen.

Deutsche Volkspartei. Bayerische Volkspartei. Zentrum. Deutsche Demokratische Partei.

Zur Reform der Weimarer Reichsverfassung.

Von Präsident a. D. Stad.

II.

Die Denkschrift der Bayerischen Staatsregierung bezeichnet auf Seite 10 als „Kernproblem“ der von ihr vorgeschlagenen Verfassungsänderungen ganz allgemein die Forderung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichsrats zu der Stellung des früheren Bundesrats, indem sie davon ausgeht, daß der Bundesrat nach der Reichsverfassung von 1871 in der Gesetzgebung völlig gleichberechtigt neben dem Reichstage gestanden habe, und daß keiner dieser beiden Faktoren für sich allein einen gesetzgeberischen Akt erzwingen, jeder für sich allein ihn verhindern konnte.

Allein, wenn auch letzteres zutrifft, so war doch die Stellung des Reichstags gegenüber dem Bundesrat nach der alten Reichsverfassung keineswegs schlechthin eine solche der Gleichberechtigung. Wie bereits früher bemerkt, lag nach der Reichsverfassung von 1871 die Reichsgewalt bei der idellen Gesamtheit der Träger der Staatsgewalt, also der 22 Landesherren und der durch ihre Senate vertretenen Bürgerschaften der 3 Hansstädte; diese Mitbesitzer der Reichsgewalt übten ihren Anteil an dieser aus durch den Bundesrat; deshalb waren Bundesratsbeschlüsse Willensäußerungen der Reichsgewalt, also der Souveränität des Reiches, obwohl der Bundesrat selbst Anteil an dieser Souveränität nicht hatte; denn er bestand nach Artikel 6 der Reichsverfassung von 1871 lediglich aus Vertretern der Mitglieder des Bundes; und auch, wenn man diesen als Gesamtheit der durch ihre Regierungen vertretenen Einzelstaaten auffaßt, ergibt sich als Träger der Reichsgewalt ein Kollektivorgan, dessen Organ der Bundesrat war.

Allerdings war seine Regierungsgewalt keine absolute; sie stand beim Bundesrat nur insoweit, als sie nicht den anderen obersten Organen des Reiches, nämlich dem Kaiser und dem Reichstag übertragen waren; allein als Organ des Trägers der Reichsgewalt hatte der Bundesrat immerhin in Zweifelsfällen die Vermutung der Zuständigkeit zur Ausübung der Reichsgewalt für sich und ferner stand ihm die oberste Funktion der Gesetzgebung, die Sanktion der Reichsgesetze allein zu; durch diese Sanktion, welche erst zum Gesetze machte, was vorher nur vereinbarter Gesetzentwurf war, wurde dem Gesetzeinhalt schließlich der Gesetzesbefehl hinzugefügt, der dann dem Kaiser zur Ausfertigung und Verkündung des Reichsgesetzes unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers verpflichtete; ein Vetorecht hatte der Kaiser nicht. — Die Erteilung der Sanktion stand in den monarchischen deutschen Einzelstaaten ausschließlich dem Landesherren zu; er konnte sie verweigern, verschieben, ja sogar bis zur Verkündung eines Gesetzes zurücknehmen; die gleichen Rechte hatte grundsätzlich der Bundesrat im Gebiete der Reichsgesetzgebung, wie dies seiner Stellung als Vertreter des Trägers der Reichsgewalt entsprach.

Nach Art. 68 Abs. 2 der Weimarer Verfassung dagegen werden die Reichsgesetze vom Reichstage beschlossen; in seiner Hand befindet sich sowohl die Feststellung des Gesetzesinhalts als die Sanktion, welche den Gesetzesinhalt zum Gesetze erhebt. Diese Sanktion ist vom Bundesrat auf den Reichstag übergegangen und, während sie nach früherem Recht nicht angefochten werden konnte, kann gegen sie jetzt nach Artikel 73 der Weimarer Verfassung der Volksentscheid angerufen werden oder nach Artikel 74 ein Einspruch des Reichsrats erfolgen; dieser letztere hat aber regelmäßig nur die Wirkung, daß, wenn die Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat auch bei wiederholter Beschlußfassung des Reichstags bestehen bleibt, die Entscheidung über das Schicksal des Gesetzes an den Reichspräsidenten und das Volk übergeht.

Es konnte daher die Frage aufgeworfen werden, ob der Reichsrat überhaupt noch zu den gesetzgebenden Faktoren gehört; aber, wenn man auch diese Frage bejaht, so erbellt doch ohne weiteres, daß seine Befugnisse denjenigen des Reichstags keineswegs gleichkommen und daß seine Rechtsstellung von derjenigen des ehemaligen Bundesrats grundsätzlich verschieden ist.

War früher der Bundesrat Repräsentant des Trägers der Reichsgewalt, so ist es jetzt der Reichstag als Vertreter des Volks, von dem nunmehr die Staatsgewalt ausgeht; sprach früher der Bundesrat die Vermutung der Zuständigkeit in Zweifelsfällen, so spricht sie jetzt für den Reichstag, von welchem die Reichsregierung abhängig ist, weil sie seines Vertrauens bedarf. Das parlamentarische System bringt es zwar mit sich, daß die Landesregierungen, welche ihre Vertreter im Reichsrat ernennen und instruieren, von den Volkswahlungen ihrer Länder abhängig sind und es

mag auch im allgemeinen angenommen werden, daß die politischen Strömungen in Reich und Ländern vielfach parallel laufen, wenn das auch keineswegs in allen Ländern und zu jeder Zeit der Fall zu sein braucht; gleichwohl ist schon aus dem Darlegten ersichtlich, daß die in der Bayerischen Denkschrift ohne Einschränkung verlangte, Deutung der verfassungsrechtlichen Stellung des Reichsrats zu der Stellung des früheren Bundesrats in die Grundlagen der Weimarer Reichsverfassung durchaus nicht paßt; sie würde nicht allein den Reichsrat, also ein von den Landesregierungen abhängiges Kollegium von Beamten zu mehr als einem gleichberechtigten Faktor gegenüber dem Reichstage machen, sondern auch die Verantwortlichkeit der Reichsregierung gegenüber dem Reichstage beträchtlichen und vor allem das Schwergewicht der Reichsgewalt in einer mit der Weimarer Verfassung und dem von ihr verlangten parlamentarischen System unvereinbaren Art und Weise verschieben. Denn der Bundesrat war dem Reichstage gegenüber nicht parlamentarisch verantwortlich und auch der Reichsrat ist es nicht.

War die Absicht der Bayerischen Denkschrift tatsächlich auf Beschränkung des bestehenden parlamentarischen Systems nicht gerichtet, so hätte sie wohl zu dem Vorschlag kommen müssen, den Reichsrat in ein gewähltes Staatenhaus zu verwandeln, wie es mit dem parlamentarischen System eher vereinbar wäre, als der frühere Bundesrat, auf welchen die Denkschrift uneingeschränkt abseht.

Zuzugeben ist allerdings, daß gegenüber den unitaristischen Organen des Reichstags und der Reichsregierung die Befugnisse des Reichsrats nur unzureichend das föderalistische Prinzip zum Ausdruck bringen, es fragt sich daher, ob und inwieweit die Möglichkeit besteht, die Befugnisse des Reichsrats als föderalistisches Element gegenüber den unitaristischen Reichsorganen, die ihrem Wesen und ihrer Bestimmung nach außer Verbindung und Zusammenhang mit den Faktoren der Einzelstaaten sich befinden, in einer Art und Weise zu erweitern, welche das parlamentarische System und das verfassungsrechtliche Schwergewicht weniger beeinträchtigt, als dies durch grundsätzliche Deutung des Reichsrats zur Stellung des Bundesrats auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Verwaltungsgewalt, der Erlassung allgemeiner Verwaltungsvorschriften, der Reichsaufsicht und der Führung der Reichsgeschäfte geschehen würde. Dabei ist nicht außer acht zu lassen, daß nach der Reichsverfassung von 1871 das föderalistische Prinzip durch den Vertreter des Trägers der Reichsgewalt, nämlich den Bundesrat, das unitaristische aber durch den Reichstag vertreten war, wozu noch bestimmte Befugnisse des Kaisers und des Reichsausschusses kamen, während nach der Weimarer Verfassung das unitaristische Prinzip durch den Reichstag, den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und das deutsche Volk als solches, der föderalistische Gedanke aber nur durch den Reichsrat und zwar in einer gegen früher zweifellos abgeschwächten Art und Weise zur Geltung gebracht ist.

Poincaré über seine Wahlniederlage

Paris, 26. Mai. Poincaré hielt heute in seinem Wahlkreis in Bar-le-Duc eine offizielle Rede, in der er seine Auffassung über die Ursachen seiner Wahlniederlage darlegte und seine bisherige Politik zu rechtfertigen suchte. Poincaré sieht in dem Ergebnis der Wahlen eine Folge der Wahlordnung und eine Folge der unpopulären Politik, zu der das Parlament gegen Ende seiner Tätigkeit gezwungen gewesen sei. Er betont, daß die neue Regierung mit schwereren inneren Parteigegegensätzen kämpfen müsse, als die Sozialisten in die Regierung eintreten oder von außen her auf sie ihren Einfluß ausüben würden. Immer müsse auch in Zukunft als Hauptaufgabe des Kabinetts die Festigkeit in der Außenpolitik betrachtet werden, gleichviel wie dieses Kabinett zusammengefaßt sei. Man müsse klipp und klar verlangen, daß die Maßnahmen der neuen

Regierung dieselben bleiben. Poincaré kam dann auf seine Außenpolitik zu sprechen und führt die allbekannten Lügen über Deutschlands schlechten Willen als Gründe an. Bemerkenswert ist, wie er besonders auf den Umstand eingeht, daß er den Einbruch ins Ruhrgebiet gegen den Willen Englands unternommen hat. Es scheint, daß ihm sein eigenmächtiges Vorgehen im Ruhrkampf als zum Vorwurf gemacht worden ist. Poincaré behauptet zu diesem Punkt, die französische Regierung habe es, wenn möglich, vorgezogen, sich mit allen ihren Mitteln zu verständigen und nicht mit Gewalt allein vorzugehen. Im Dezember 1922 habe er auf der Londoner und dann auf der Pariser Konferenz einen Versuch in dieser Richtung unternommen. Der englische Botschafter Lord Harding habe sich mit ihm darum bemüht, eine Möglichkeit zu finden, durch andere Mittel als durch den Einmarsch in das Ruhrgebiet einen Druck auf Deutschland auszuüben. Man hätte alle möglichen Maßnahmen erwogen, z. B. die Verankerung, Domänen und Forsten auszuhäuten und am Rhein einen Bollwerk einzurichten. Am 26. Dezember habe ihm Lord Harding von London geschrieben, die englische öffentliche Meinung mache es seiner Regierung unmöglich, sich dieser Lösung anzuschließen. Die französische Regierung habe bei der Besetzung keinerlei Hintergedanken gehabt. Über die Hintergedanken der französischen Regierung haben die Tatsachen etwas ganz anderes gelehrt, als was Poincaré behauptet. Die amerikanischen Sachverständigen hätten mit Vergnügen anerkannt, daß es der französischen Initiative zu verdanken sei, wenn heute eine umfassende Lösung möglich sei. Wenn dem so ist, wie Poincaré sagt, so lassen sich daraus allerdings Schlüsse auf die Vorurteile der Sachverständigen ziehen. Die französische Regierung habe die Entscheidung der Sachverständigen ohne Vorbehalt angenommen und sich bereit erklärt, die deutsche Wirtschaft wieder heranzuführen, sobald Deutschland das Programm zur Ausführung gebracht hätte. Poincaré stellt da eine alte Unwahrheit auf, wenn er behauptet, die französische Regierung habe keine Vorbehalte zu den Entschlüssen gemacht. Gerade die französische Regierung hat die ersten und sehr lauen Vorbehalte gemacht, und zwar in dem Brief, den Poincaré an die Reparationskommission geschrieben hat.

Die Sachverständigen hätten, so behauptet Poincaré weiter, in ihrem Berichte nicht erklärt, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit das Aufhören der militärischen Besetzung einschleife. Die französische Regierung habe erklärt, sie würde das Ruhrgebiet nach Maßgabe der deutschen Zahlungen verlassen. Er habe hierüber allgemeine Unterhandlungen mit der englischen Regierung eingeleitet, durch die die alten Schwierigkeiten beseitigt worden seien. Deutschland habe zwar in der Form den Sachverständigenbericht angenommen, fange aber schon an zu diskutieren, um Bedingungen zu stellen und die Dinge in die Länge zu ziehen. Man dürfe sich nicht der Illusion hingeben, daß man Deutschland bloß wieder Vertrauen zu schenken brauche, damit es sich entschleife, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der Attentatsplan gegen General v. Seect vor Gericht

Berlin, 26. Mai. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute vormittag der auf mehrere Tage berechnete Prozeß gegen den Kaufmann Thormann und den Maschinbauingenieur Thormann, die im Verlaufe des Jahres dieses Jahres einen Mordanschlag auf General v. Seect geplant zu haben. Der Vorfall führt Landesgerichtsdirektor Dr. Volk, während die Anklage durch den Generalstaatsanwalt Lindow und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burckhardt vertreten wird. Die Verteidigung der Anklage liegt in den Händen der Rechtsanwälte Justizrat Dahn, Bloch und Sad. Inert wird der Angeklagte Alexander Thormann zur Sache vernommen. Er erklärte, daß er bei Attentatsbruch beim 3. Garderegiment eingesetzt und dann zu einer Kraftfahrzeuggewalt verurteilt worden sei, er

er sich durch einen Sturz, einen Schädelbruch zuzog. Er wohnte in einem kleinen Ort an der Ostsee, übersiedelte nach 2 Jahren nach Süddeutschland. Am Neujahrstag 1923, gab der Angeklagte an, kam ich nach Berlin und fuhr Anfang Januar nach München wieder zurück. Nun feste hier meine eigentlich politische Tätigkeit ein. Am 2. Januar war ich bei Kossbach und bei dieser Gelegenheit erzählte er mir, daß ihn am Vormittag ein Deutschamerikaner namens Dr. Janzlik besucht habe, der reich sei und seine diplomatischen Dienste für ausländische Verbindungen anboten habe. Ich bat, diesem Herrn vorgestellt zu werden, was auch geschah. Ich meldete mich dann am 26. Oktober bei der Technischen Abteilung der Gardebrigade. Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches am 9. November 1923 blieb ich in München, da ich einen Prozeß mit Dr. Janzlik hatte, der wegen Betrugs angeklagt war. Ich erzählte das, weil ich durch Janzlik, der das Haupt einer ganz bestimmten Clique ist, Herrn v. Tettenborn kennen gelernt habe. Am 17. Dezember fuhr ich dann wieder nach Berlin, um Janzlik weiter zu besprechen und mir, da eine Staatsanstellung nicht mehr zu erwarten war, eine andere Position zu schaffen. So kam ich dazu, am 3. Januar dieses Jahres der Deutsch-Völkischen Partei in der Desauerstraße einen Besuch abzustatten.

Vorsitzender: Kennen Sie denn diese Partei näher? Angeklagter Thormann: Ich kannte Herrn v. Tettenborn und wußte, daß er in der Ruhrfrage eine unabhänger Rolle gespielt hat. Im Büro der Deutsch-Völkischen Partei ist es mir auf Walle, der im Begriffe war, fortzugehen und wurde von Tettenborn in ein Sprechzimmer gewiesen, wo wir über alles mögliche sprachen. Ich fragte Tettenborn, wo ist der Sitz der Partei? Tettenborn sah zur Erde und behauptete, er wisse es nicht.

Wie einmütlich, erwiderte Thormann im Januar dieses Jahres im Reichstag bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei, mit deren Sekretär v. Tettenborn er sich in ein politisches Gespräch einließ, in dessen Verlauf Thormann, nach der Anklage, ein wichtiges politisches Ziel die Errichtung einer nationalen Diktatur bezeichnete. Voraussetzung hierfür sei aber die Beseitigung des Generals von Seect. Tettenborn ging zum Schein auf die Anregung ein, unterrichtete aber den Reichskommissar für öffentliche Ordnung über den Attentatsplan. Am Morgen des 15. Januar sollte das Attentat ausgeführt werden; statt dessen griff der Reichskommissar ein und ließ Thormann verhaften. Dr. Graedel, der von Thormann eingeweiht war und zugestimmt hatte, wurde zwei Tage später in Augsburg verhaftet.

Deutsches Reich für Aufhebung der Personalabbauverordnung

1. Berlin, 26. Mai. Der Reichstagsausschuß zur Überwachung des Personalabbaues hielt heute seine Schlußsitzung ab. Nach Erledigung zahlreicher Petitionen erwiderte der Ausschuß die Reichsleitung, ab 1. Oktober d. J. die Personalabbauverordnung in ihren Hauptartikeln aufzuheben und etwaige noch in Folge von Verwaltungsvereinfachungen notwendig werdende Personalvermindernungen durch Wegfall freierstellender Stellen usw. herbeizuführen.

Das Handwerk gegen die handwerkliche Ausbildung von Strafgefangenen

Berlin, 26. Mai. Die hier tagende Vollversammlung der preussischen Handwerkskammer faßte eine Entschließung, in der sie erklärt, die Absicht der preussischen Staatsregierung, diejenige Strafgefangenen, die vorher keinen Beruf hatten, während der Straftat ein Handwerk erlernen zu lassen, bedeute eine schwere Gefährdung des öffentlichen Interesses des Handwerkes, indem es eine völlige Verfeinerung der Befugnisse der Strafrechtspflege, insbesondere des Strafvollzugs, der Preussische Handwerkskammer erwidert die preussische Staatsregierung, diesen Bedenken durch Wähländerung der vorerwähnten Grundzüge Rechnung zu tragen.

Wahlkampf und Staatskredite

Berlin, 26. Mai. Nach Londoner Meldungen hat die Bank von England von dem Reichsbankdirektor Dr. Schacht ein Telegramm erhalten, in dem mitgeteilt wird, die deutsche Regierung habe den Befehl erlassen, denjenigen Großindustriellen, die die Wahlkampagne gegen den Damesbericht unterstützen hätten, die Staatskredite zu entziehen. Diese Meldung ist, wie Reichsbankdirektor Dr. Schacht dem B.T.V. mitteilt, in jeder Beziehung aus der Luft gegriffen.

Vom Noten Kreuz

Berlin, 26. Mai. Das Deutsche Note Kreuz ist von der gegenwärtigen Generalversammlung der Liga der Note Kreuz-Gesellschaften in Paris in der Gouverneurzeit, das oberste Verwaltungsgremium der Liga, gewählt worden. Das Deutsche Note Kreuz hat seinen bisherigen Generalsekretär Brandt als Gouverneur benannt und ihm unter Beibehaltung des Titels Vizepräsident das Mandat zur Wahrnehmung der Aufgaben des Deutschen Note Kreuzes erteilt. Zum Generalsekretär ist der bisherige Leiter der Filialdirektion des Deutschen Note Kreuzes Dr. v. Kortenbarn ernannt worden.

Tagung des Verbands ehemaliger Kriegsgefangener

Mühlhausen, 26. Mai. Unter Teilnahme der Delegierten aus allen Teilen Deutschlands fand hier am 24. und 25. Mai der 8. Bundestag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein dringender Antrag der Rheinländer angenommen, wonach der am 27. Mai zusammen tretende Reichstag es als seine erste Pflicht betrachten solle, alle Schritte in die Wege zu leiten, um die Opfer des Ruhrkampfes zu befreien.

Erfurt Garnisonsstadt

1. Erfurt, 26. Mai. Vom Reichswehrministerium ist dem Magistrat mitgeteilt worden, daß der Reichspräsident die Verlegung des Reichsregiments Nummer 16 nach Erfurt genehmigt hat. Damit ist Erfurt Garnisonsstadt geworden.

Das neue Schlichtungsverfahren im Ruhrstreit noch unentschieden

Berlin, 26. Mai. Wieder die gegenwärtig im Reichsarbeitsministerium gepflegten Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet läßt sich noch nichts Positives mitteilen. Die Schlichtungskammer ist heute vormittag 10 Uhr zusammengetreten.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat zur Beilegung des Wirtschaftskampfes im Ruhrgebiet den Antrag eingebracht, bei der Reichsregierung möglichst mit aller Energie und Dringlichkeit darauf hinzuwirken, daß die Lasten aus dem Ruhrgebiet auf die gesamtdeutsche Wirtschaft verteilt werden.

Ein Abgeordneter als Hochverräter verhaftet

Hamburg, 26. Mai. Das Bürgerchaftsmittelglied Rudolf Anden ist auf Grund eines von Berliner Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes erlassenen Haftbefehls wegen Beteiligung an einem hochverräterischen Unternehmen festgenommen und nach Berlin überführt worden.

Aufgehobene Kommunistenversammlung in München

München, 26. Mai. Wie die Korrespondenz Hoffmann berichtet, hat die Polizei eine Versammlung der Kommunisten überreicht und insgesamt 62 Personen verhaftet. Zum dem beschlagnahmten Material geht hervor, daß es sich um einen kommunistischen Bezirksparteitag handelte. Die Festgenommenen werden sich wegen Fortführung der in Bayern verbottene kommunistischen Partei und Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung zu verantworten haben. Unter den Verhafteten befinden sich drei Landtagsabgeordnete und zwei Reichstagsabgeordnete.

Benedig.

Von Franz Schneller (Freiburg).

Der Entschluß, nach Benedig zu fahren, fällt nicht leicht. Der moderne Mensch hat zunächst etwas gegen diese Stadt, die ihm dadurch verdächtig werden muß, daß alle Hochzeitspaare dahin schwärmen, alle Altentanten dort dösen und malende Engländerinnen an Weinwand und Farbe einschlechte Verbreden verüben. Die Menschen, die von dort kommen, bringen entweder Fröhen aus Wolfram mit, oder Glas, oder riechige Alben und überall, wo man ihnen begegnet, schwärmen sie von dieser Stadt. Seien wir offen, in Wirklichkeit ist ganz Italien ein gefährliches Land. Der Einzige, der etwas wirklich Schönes ganz natürlich dort erlebt, der noch das Italien sah, das wir alle meinen, war Goethe. Freilich, er reiste in der Postkutsche. Er suchte die Materie in den Häusern auf, für die sie gemacht war und atmete das Land. Seit er hat sich das alles geändert. Das Italien der Fremden ist ein Katalog von endlos vielen Nummern, verdorben von den Fremden, die sich zu einer Konvention bekennen, die förmlicherweise die Kenntnis dieser Dinge von ihnen verlangt (denn eigentlich ist es damit schon vorbei).

Für uns ist Italien eine Aufgabe, wenn wir das uns durch die Bildung Gekünstigte wirklich erleben sollen. Aber trotz aller Dämonen, die Benedig beunruhigen haben, ist dies doch eine Stadt, die so überaus wirkt, daß es unmöglich ist, sich ihrem Reize zu entziehen. Der zur Tatsache gewordene Traum, ins Reich der Dogen eine düstere Stadt zu legen, die Tollkühnheit, den mühen Ansehensboden mit eingerammten Pfählen, auf für Notstandszeiten und bergischen Zeiten, zur letzten Erde zu machen, wird ewig fruchtbar machen, wenn auch das Petalier der Zeit in Richtung alles anderen, dafür plädiert hat, einer breiten Autostraße zum Opfer hundert von Palästen niederzuliegen, um

einen bequemeren Fahrweg zum Meer zu schaffen. Benedig ist ja die einzige Stadt, in der kein Auto fahren kann, die einzige Metropole der Fugänger und die Stadt der sauberen Gondeln, in denen sich des Willens Ungeheim in beseligendes Dämmern schaukeln läßt. Schon bei der Ankunft spürt man die Besonderheit der Stadt, sie ist im Zug zu fühlen, der sich vorwärts auf dem Damm, Meer zu beiden Seiten, der Halle entgegenzieht. Nach zwanzig Schritten, die man nach dem Verlassen des Bahnhofs zurücklegt, ist es schon aus mit dem Gehen. Der Platz endet in einer Treppe, die mit wenigen Treppenabstiegen im Großen Kanal verschwindet. Draußen wölbt sich eine Kirchenkuppel, aber im Augenblick beansprucht der Anbruch der schwarzen Gondeln, mit dem bei allen gleichen herabzischen Geißeln, die Aufmerksamkeit. Da ist ein Mann, der nicht das Fahrzeug mit einem Haken heran und muß dafür etwas bekommen. Dann geht es gleichsam tanzt durch Wellen und jeder Kuberkelch legt sich in einen Dymus ohne Worte natürliche Säuren.

Nicht und Wasser, beide haben die vollkommene Art der Raumverfüllung und malen mit einer Pracht und Düstigkeit, die unvergleichlich sind. Gleich hängt es mit den Verhältnissen an: die grüne Kuppel St. Simon des Jüngeren spiegelt ihre Kupferbleche im Kanal und eröffnet den Aufmarsch der Arkhistraten von Palästen, Vendramin-Galeri, Peiaro, Vembo, Coroban, Farbaris, Morosini, Foscati. Namen von Päpsten, Dogen, Gefandten und berühmter Frauen erlangen Ruhm in imposanten Bauten, in denen orientalische Düstigkeit mit stolzbestäubter Größe sich vermischt.

Jeder Gondellere kennt sie. Mit einer knappen Bewegung wirft er seine Bemerkung hin und denkt nichts dabei, wenn er sagt: Dies ist das Haus der Desdemona. Ihn beunruhigen diese alten Liebesgeschichten nicht. Er kennt sie nicht, sagt wie der Papagei die Worte, weil sie ihm einen Extrablatt bringen. Manche Männer sind schon tiefer geklungen, haben solche

Wände, fast wie expressionistische Dekorationen. Ein Palast mußte mit dem ersten Stodwerk abgeschlossen werden, da sich beim Bau ergab, daß hier das Fundament nicht mehr an Zeit vertragen hätte. Ein wilder Garten dicht dabei täuscht soviel Sicherheit den Blicken vor, daß niemand zweifeln würde, daß hier der Boden nicht festgemacht sei. Immer wieder treten die Tore der engen Gassen an den Kanal heran und dann und wann schwingt sich ein kleines Bräudenoch über das bewegte Wasser.

Der Wahrheit die Ehre, denen zum Trotz, die es leugnen, dort, wo Märkte liegen, oder Wassertraktat einbiegen, sinkt es oft, als ob das Fleisch der Stadt schon in Verwehung überginge, ruhige Gesinnung und verfinstertes Gesehn, Gewächs in allen Augen, verstärkt den Eindruck noch. Doch blendendes Weiß kratzvoller Fassaden, das Spitzenwerk der düstigen Ca D'oro bezaubert mit subtilen Rägeln und schieben ins Vergessen alles andere. Material, Wille, Geist, wie herrlich fügen sie sich ineinander! Blendende Artifizialität hier im Stein die farbigen Lösungen gefunden und befindet tänzerische Grazie. Weil alle es behaupten, daß die Landung am Palast des Dogen die einzeln köstliche sei, ist es dort sein. In den Ohren spielt abwechselnd Musik von Verdi, Mozart, Handu und das Herz nimmt einen Aufschwung, als ob es Dithelios Bruch am Tage der herrlichen Dalmatier betete.

Bei Gott, es ist auch herrlich. Die Betrachtung von Maria della Salute ist zurückgekehrt, jetzt den Dogenpalast, die Nacht, Meer und die Marktskirche. Die Augen übernehmen sich, wollen sich mit Ausschritten nicht begnügen, das Ganze in einen Blick einfangen. Prachtvoller Gedanke, diesen ungeheuren Draufgelos mit dem Kiensteinen hier aufzubauen und ihn als sicheres Symbol des Aufgebauens dieser Stadt auf Säulen zu legen, deren Bögen und Gänge die kühle Bläue des Meeres ausluchtet; wahrlich das artigste Gestell für diese Kiensteinarche.

Gegenüber die Bibliothek von Sansovino, ein Wunderwerk in Weiß und Rosa, schafft die jenseitige Begrenzung des kleinen Platzes und bildet die Abwinkelung des Hofes der Prokurazien, die den großen Platz umschließen, nach dem Meere. Im Knick richtet sich der Kampantel auf. Vor Farbe ähnlich wie der Dogenpalast, fast ungeschleiert, mächtig, das Zeichen dieser Stadt fernhin. Jedes Kind weiß, daß der alte sich vor zwei Jahrzehnten eines Morgens, müde seiner Wächterrolle, zur Seite legte und auf dem Plaster des großen Platzes in Vorreden von Stille schlief. Damals erwiderte es sich, wie sehr der Traum im Herzen der Venezianer lebt, denn noch am selben Abend bejahten hunderte Tausend Kehlen, während die Augen tränten, den Befehl, ihn „wo und wie er war“ wieder zu errichten.

Am Anfang des Jahrhunderts und seiner Pracht der gekuppelten Säulen, phantastischen Mosaiken spielt eine Muffelwelle, riesige Fahnen wehen hind an den dunkelroten Masten, die als schönste Fahnenträger der Welt sich fühlen können. Dieser Platz ist der müßige Hof der Stadt. Seine Bestimmung duldet nur ein lässiges Plazieren, Schokoladetrinken, Faubenfüttern und ein Auf die Weide führen der Sinne. Die ältesten Mummelgasse erkennen sich in seiner Luft und Luft zur Weide, die jedes Weib zur Erläuterung im Bade machen und eine zäuberliche Stillezeit spielt aus dem Dru seltsamen fahlen Gedanken fort. Im Gesicht eines frohigen, deutschen Bedanten ist der Gedanke zu lesen: „Hier möchte ich alle Tage meines Lebens meinen Frühchoppen trinken“; es ist fünf, aber so begünstigt.

Die Nachkommen von Tauben, die schon der Pentis geweiht waren, schlammern hier seit Jahrhunderten geht und Generationen von Dandlern haben hier bis zu unteren Ahnen hinab die Vederfäden für die bebegten Tiere festgehalten. Amerikaner treuen sich Adrier auf den Hut, locken die Tierchen dorthin und

Das Programm Herriots.

Deutschland muß zahlen.

(Drahtbericht unseres Vertreters in Paris.)

Paris, 26. Mai. (10 Uhr.) Infolge des heutigen Zusammentritts aller Generalräte der französischen Departements sind weit über die Hälfte aller Parlamentarier von Paris abwesend...

Wiederaufnahme der Beziehungen mit England, engste Zusammenarbeit mit England und zwar hofft er, in spätestens 14 Tagen Mac Donald einen Besuch in London abstraten zu können...

Die Bezahlung der Reparationschuld wird nicht nur von Herriot, sondern von vielen Führern der Liberalen in den letzten Tagen immer deutlicher betont.

Herriot hat englischen Journalisten gegenüber erklärt, daß er den Völkerverbund in der Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigenberichts eine aktivere Rolle spielen lassen werde...

Wie heute abend auch „Bon soir“ erzählt, wüßte dies nichts weiter als reine Spekulation gewesen. Demgegenüber betont das Poimcaré treu ergebene Blatt, daß man den Franken auf wenigstens 60 zum Fund hätte drücken müssen...

Interessant ist es nun, was zu diesem Thema heute der Finanzpolitiker Dubois in der „Tribune nouvelle“ zu sagen hat. Die Frage der Stabilisierung des Franken sei eine mathematische Aufgabe...

Andererseits ist das, was wir vor einigen Tagen über die Veröffentlichung des Briefwechsels Poimcaré-Mac Donald schon angedeutet, schnell eingetroffen. Mit der Veröffentlichung dieses Briefwechsels bezweckt Poimcaré nichts weiteres...

sich durchaus auf den Boden des Sachverständigenrats gestellt habe, um dadurch vor allen Dingen Frankreichs wirtschaftliche Belange zu unterstützen.

Herriots Freundschaften für England.

London, 26. Mai. Herriot erklärte vor seiner Abreise nach Lyon in einer Unterredung mit dem Pariser Berichterstatter der „Daily Mail“, er hoffe in 1 oder 2 Wochen England einen Besuch abstraten zu können.

Caillaux.

Paris, 26. Mai. Laut „Journal“ hat Caillaux in den letzten Tagen Herriot mitgeteilt, daß er keine Annäherung annehmen würde, die die Urteile des obersten Gerichtshofes auch nur im geringsten berühren ließen.

Caillaux war vom Nationalen Block lange verfolgt worden und endlich angeblich wegen Verbindung mit dem Feinde verurteilt worden. Der eigentliche Grund der Verurteilung war, daß man Caillaux offene Worte über die Schäden des französischen Regierungssystems sprachte.

Um die deutsche Schule im Saargebiet.

Zu einem sehr energiegelassen Protest gegen die französische Schulpolitik im Saargebiet kam es in der letzten Stadtvorstandssitzung. Unter dem Vorwand notwendiger Sparmaßnahmen plant die Regierung, wie aus einem Schreiben der Kreischausinspektion hervorgeht, einen Abzug der deutschen Volksschulen durch Erhöhung der Klassenfrequenz...

Die englische Luftflüstungen.

London, 26. Mai. „Westminster Gazette“ veröffentlichte seine Pläne betreffend die Organisation der Luftstreitkräfte in England, die angeblich erwogen würden. Die neu organisierten Luftstreitkräfte würden 600 Frontflugzeuge und dazu gehörige Reserveflugzeuge umfassen.

Verschiedene Meldungen

Unbegründete Alarmmeldungen aus dem Ruhrgebiet.

Essen, 26. Mai. Nach einer Blättermeldung soll den Bergarbeitern auf mehreren Zechen durch Anschlag bekanntgemacht worden sein, daß die bis zum 28. Mai erwartete Auszahlung der Restlöhne erst am 27. Mai erfolgen könne.

Die Erregung über diese Ankündigung sei ungeheuer. Auf der Zeche Dahlbusch solle es zu großen Unruhen gekommen sein. Die Meldung ist in dieser Form unzutreffend. Es handelt sich nicht um die Auszahlung der Restlöhne, die in der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juni erfolgen kann.

Der Deutsche Luftfahrertag in Breslau.

Breslau, 24. Mai. Heute hat hier die Hauptversammlung des 18. Deutschen Luftfahrertages im Beisein von Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswehrministeriums stattgefunden.

Das italienische Königspaar in England.

London, 26. Mai. Heute vormittag traf mit einer Eskorte englischer Kriegsschiffe und Zeremonien das italienische Königspaar, der Thronfolger und Prinzessin Matilde von Gales kommend in Dover ein.

Rußland und das neue Frankreich.

London, 26. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, man glaube, daß Herriot seine Absicht mit Bezug auf die Anerkennung der Sowjets geändert habe. Statt die Anerkennung von dem Abschluß eines Handelsabkommens abhängig zu machen, beabsichtige er jetzt, die Sowjetregierung sofort nach der Bildung seines Ministeriums und ohne jede festliche Bedinungen anzuerkennen.

Eintritt Amerikas in den Haager Schiedsgerichtshof.

London, 26. Mai. Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Kommission des Senats für auswärtige Angelegenheiten eine Entschließung zugunsten des Eintritts der Vereinigten Staaten in den internationalen Schiedsgerichtshof angenommen.

Die Russen sagen die deutsch-russische Verkehrskonferenz ab.

Moskau, 26. Mai. Die vor acht Tagen hier eingetroffene deutsche Eisenbahnkommission tritt heute die Rückreise nach Berlin an. Wie erinnerlich, hatte das Außenministerium infolge des deutsch-russischen Konfliktes sich gegen

die Aufnahme der Verhandlungen ausgesprochen. Da in der Lage bisher keine Änderung eingetreten ist und die russischen Behörden erklärten, daß bis zur Beilegung des Konfliktes Verhandlungen nicht möglich seien, erfolgt nun die Rückreise.

Serbien's Angst vor deutschen Nationalsozialisten.

Paris, 26. Mai. Dem „Petit Parisien“ wird aus Belgrad gemeldet, daß das Konsulat in Klagenfurt (Deutsch-Österreich) einen Bericht an die Regierung über eine Verlegung der Exterritorialität durch Mitglieder nationalsozialistischer deutscher Verbände abgehandelt habe.

Das Bandenwesen auf dem Balkan.

Athen, 26. Mai. In der vergangenen Nacht ist eine Bande von Komitatisten in das türkische Städtchen Kain-Dehathrazien eingedrungen, hat 12 Männer und 4 Frauen niedergemacht und 4 andere Frauen verletzt.

Bunte Chronik

Schwere Autounfälle. Am letzten Sonntag ereignete sich in der Nähe von Berlin ein schwerer Autounfall. In der Gegend von Bernau fuhr ein Automobil an einen Baum und wurde zertrümmert.

Im Auto tödlich verunglückt. Aus Hameln wird gemeldet: Direktor Lehmann, ein bekannter und erfolgreicher Konstruktions- und Sportmann, der sich nach langer Unterbrechung in letzter Zeit wieder an Rennen beteiligte, ist beim Training am Teutoburger Wald tödlich verunglückt.

Mord und Selbstmord. In Werder bei Potsdam erschoss am Samstag anscheinend nach vorausgegangenem Streit ein junger Arbeiter seine Braut und versuchte dann, sich selbst zu erschießen. Da die Waffe verlagte, sprang er in die Havel und ertrank.

Die Heuschreckeplage. Aus Sardinien wird berichtet, daß dort die Heuschrecken in furchtbaren Mengen auftreten. Die Vegetation ist vollkommen zerstört und die Schwärme sind zum Teil so dicht, daß sie die Schienenwege belagern und das Fortwärtkommen der Züge erschweren.

Geschäftliche Mitteilungen.

Deutscher, deutsches und erziehbare! Das ist die Hauptregel, die man sich für Meister & Dillers Kaffeegeschäft merken muß. Außerdem aber: Die Arbeit in den Kaffeegeschäften voll ist schon reichlich viel auf 3 bis 4 Kaffeegeschäften oder Getreidegeschäften.

legen unermüdet ihren Ehrgeiz darin, sich für das Familienalbum mit zwei oder drei dieser Tauben fotografieren zu lassen. Sie nehmen die ausgiebige Bekämpfung der überflitterten Tiere mit in Kauf für diesen Augenblick, der ihnen wahrhaft festig ist und groß!

(Schluß folgt.)

Zur Karlsruher Operntrife.

Wie wir gestern meldeten, ist das Dienstverhältnis des Operndirektors am Landestheater, Herrn Cortolezzi's, vom Verwaltungsrat auf Schluß der gegenwärtigen Spielzeit gekündigt worden. Damit ist eine Klärung der Lage, da zum Aufheben eines bestehenden Vertrages bekanntlich mindestens zwei Parteien gehören, noch keineswegs erfolgt.

Dieses Interesse weiter Kreise, die sich mit dem Karlsruher Musikleben allgemein und auf das engste verbunden fühlen, bringt uns fortgesetzt zahlreiche Nachrichten ein, die sich durchweg im Sinne des am Sonntag von uns veröffentlichten Eingekaufes ansprechen. Einheitlich wird die Frage nach dem bestehenden Kontrakt aufgeworfen und betont, daß wenn derselbe Zugeständnisse bezug. Rechte enthalte, die lebenslängliche Verpflichtungen für den badischen Staat in sich schließen, er in Anbetracht der heutigen so gänzlich veränderten Lage zum mindesten gegen die guten Sitten verstoße und schon deswegen zu einer öffentlichen Stellungnahme herausfordere.

vertreten wir den Standpunkt, daß — nicht zuletzt auch im Interesse des jetzigen Operndirektors selbst — eine baldige, feste Stelle befriedigende Lösung gefunden werden muß.

Aus dem Karlsruher Kunstleben.

Galerie Moos.

Die jüngst abgehaltene Ausstellung anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kunsthandlung Moos war, wie es scheint, der Auftakt zu einem recht regen und vielseitig ansprechenden Ausstellungsbetrieb. Denn auch die gegenwärtige Sommerausstellung bringt nach Worten und Werken eine beträchtliche Leistung.

Im übrigen hat B. Volz der Jüngere durch ein volles Duzend seiner Werke einen Einblick in das bewerkstelligte Schaffen seiner letzten Jahre gebracht. Wertvoll sind in seinem Werk die Trübnerischen, Schönleberischen und Dillingerischen Kunstwerke, die Volz doch zu eigener Ausdrucksform herausgebildet hat.

„Rirschlüßle“, die in ihrer farbigen Abfassung sehr fein empfunden und mit feiner, breiter Technik vorgetragen sind, hat Volz die Synthese seiner Vorbilder zu eigener Empfindungs- und Vortragweise vollzogen und seine Form zu einer dekorativ und farbig wirkenden Landschaft gefunden.

Arthur Nields romantische Landschaften aus dem Donauland, dem Oberrhein und dem Jura zeigen die stille, sanfte Note des geborenen Idyllikers, der in seinem Werk die leise Luft landschaftlicher Räume ertönen läßt. Nields schafft seine Kunst aus seiner unfröhlichen Seele, die an dem Streit der Meinungen über Kunst und am Kampf um expressive Techniken seinen Anteil nimmt. In August Kutterer spielt sich dieser Kampf umso sichtbar ab, insofern er aus dem tonig gehaltenen Bild ins farbig kontrastreiche hinüber will. Das grau in grau gehaltene „Hügelland“ steht in der koloristischen Auffassung in bestimmtem Gegensatz zum „Dorf im Pfingsttal“.

Vale, Dertels Stilleben mit Aepfeln und Schwarz' Weiser Nieder bilden eine ganze Galerie von Kunstvortragsweisen. — In M. Böhm's Radierungen nach Thoma kundet sich eine neue, reproduktive Form der Schwarzweißkunst an. Sie hat illustrativen Charakter, der in den lithographischen Blättern von H. Hornecker schon stark herausgebildet ist. Otto Marquards Bodenblätter und Bildnisse sind wohl die Erbklinge in dieser vielversprechenden Technik und dürfen als Talentproben gelten. — Der Schreyenbachler A. Zahn hat mit ausgezeichnetem Mund und Riechporträtis (Water, Mutter) und mit breitflächig geschnittenen Werken (Großmutter, Pavan), sowie mit einigen keramischen Bildnissen (Wädelkopf I und II, Maske) die gute Schule gezeigt, die er genossen hat und die ihn befähigt, nun seine eigenen Wege zu gehen.

Literatur

Grüß' Gott Amercab! So heißt ein Büchlein, das Felddivisionssparkar W. Ziegler in Jahr im Verlag von F. Z. Reiff in Karlsruhe gleich nach dem Krieg hat erscheinen lassen. Wir entnehmen aus ihm eine herrliche Predigt auf den Sonntag Rogate für die zur Tagung der Angehörigen der ehemaligen 75. R.D. herausgegebene Sonderbeilage des „Karlsruher Tagblatts“. Wir nehmen heute Anlaß, auf die ganz treffliche Sammlung nachdrücklich hinzuweisen. Sie hat über den Tag hinaus bleibenden Wert. Die fünf Feldpredigten wecken Erinnerungen und stärken die Gegenwart.

Au deiner Sprache, Deutscher, halte fest! Weß dem, der diesen Gedächtnis festhalten läßt. Wer erst beginnt, das reine Wort zu fassen, dem kann gar bald auch Kopf und Herz verwehnen. Friedrich W. Weber.

Hauptversammlung der Verbände badischer Gemeindeverwaltungen.

u. Ringolsheim (Amt Bruchsal), 25. Mai. Daß die Gemeindeverwaltungen unter der Weisheit so schwer ringen wie die privaten Wirtschaftskreise, das stieg in den sehr stark besuchten Landesversammlungen der nachgenannten Organisationen aus allen Beratungsgegenständen heraus. Die Wiedererlangung der Selbstverwaltung bildete den Grundzug aller Darlegungen und Entschlüsse. Anerkennungswert ist die Gattlichkeit und der herzliche Empfang, den die Gemeinde Ringolsheim den Hunderten von Gästen aus dem ganzen Lande bereite. Der

Verein badischer Bürgermeister.

eröffnete Samstag nachmittags 4 Uhr im großen Saal der „Rose“ seine Tagung. Der 1. Vorsitzende, Bürgermeister Koch-Ladenburg begrüßte die Anwesenden, besonders Landeskommissar Graf übermittelte die Grüße des Ministeriums des Innern, weit auf die Existenzschwierigkeiten der Gemeinden hin und erhofft die weitere treue Mitarbeit der Bürgermeister, um durch Geschlossenheit des Volkes über die schwere Zeit hinwegzukommen und das Vaterland wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Altbürgermeister Julier und Direktor Weiler schloßen sich dem Vorredner an; letzterer erwartet aus der Verschmelzung der Organisationen der städtischen und Gemeindebeamten erprobte Arbeit; Landtagsabgeordneter Gebrücker versichert die Sympathie der sozialdemokratischen Fraktion.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Vorsitzender Bürgermeister Koch eröffnet den Tätigkeitsbericht und betont u. a., daß erfreulicherweise die Gemeindebeamten jetzt nach dem Reichsstatut befreit werden. Leider nicht all jene, die nicht im Hauptberuf ihr Amt versehen. Das Sperrgesetz sei auf die Dauer unerträglich; von dem gesunden Sinn der Gemeindeverwaltungen ermahnt er, daß die Befreiung der Altbürgermeister gegenüber dem Einzug der Reichszuschüsse entsprechend gestaltet werde. In der Fürsorge enthalte das neue Befreiungsgesetz erfreuliche Fortschritte, dank den Bemühungen des Verbandes. Direktor Weiler polemisiert gegen das unheilvolle Sperrgesetz und auch in der nachfolgenden Aussprache tritt man dieser Anschauung bei.

Der Voranschlag für 1924/25 sieht in Einnahme und Ausgabe 4000 M. vor, der Mittelaufschlag wird wie folgt festgelegt: für Gemeindefiskus bis zu 1000 Einwohner 4 M., 1-2000 Einwohner 6 M., über 2000 Einwohner 8 M. Hierauf kommen aus der Mitte der Versammlung noch eine Reihe von Wünschen, die sich mit der Wahrung der Interessen der Bürgermeister gegenüber der Regierung befassen.

Es wird sodann eine Entschlußfassung einstimmig angenommen, wonach die Hauptversammlung badischer Bürgermeister die sofortige Aufhebung des Sperrgesetzes verlangt, weil die Reichszuschüsse zur Befreiung aufzuheben seien. Baden solle entsprechende Schritte in Berlin unternehmen.

Bei der Neuwahl der Vereinsleitung wird diese einstimmig wiedergewählt: Bürgermeister Koch-Ladenburg, 1. Vorsitzender, Bürgermeister Steiner-Sackhausen, 2. Vorsitzender, Bürgermeister Mack-Narhausen, Redner, sowie die Vertreter aus den einzelnen Kreisen.

Um 7 Uhr wurde die Tagung geschlossen und gegen 9 Uhr begann ein Bankett, das mit den von hoher vaterländischer Begeisterung getragenen Ansprachen des Reichstagsabgeordneten Julier und Landeskommissar Graf, sowie anschließendem „Deutsches über alles“ eingeleitet wurde, denen dann flotte Musik- und Gelanztvorträge, turnerische und humoristische Darbietungen folgten und das Ganze einen prächtigen Verlauf nahm.

Heute, Sonntag vormittags nach 9 Uhr, begann im gleichen Saale die

Versammlung des Verbandes badischer Gemeinden.

wozu über 400 Teilnehmer erschienen waren. Der 1. Vorsitzende, Altbürgermeister Julier-Ringolsheim, entbot den Willkommen Gruß an die Mitglieder, besonders den Minister des Innern Kemmle, die Vertreter des Finanz-, Justiz- und Arbeitsministeriums, die verschiedenen Landtagsabgeordneten, die Vertreter der Bezirksverbände und der Städteverbände usw. Die Tagung sollte sein ein Stein zum Wiederaufbau, der Dienst zum Wohle des Vaterlandes wie der Allgemeinheit.

Hierauf nahm das Wort Minister Kemmle und führte u. a. aus: Viele Städte haben die Inflation gut überstanden, sind schuldenfrei geworden, aber so viele sind zusammengebrochen mit der Arbeit eines ganzen Lebens und über die Schuldenlasten sind wir noch lange nicht hinaus. Aufgabe der Gemeindeleitungen ist es, die Gemeinden zusammenzuführen. Der Streit über die Herrschaft im Staat zerstückt die Kräfte im Staat. Solide Arbeit, frei von Belastungen politischer Art in der Gemeinde muß das Leitmotiv, das Allgemeininteresse das erste sein, dann erst dürfen Weltanschauungen mitberücksichtigt werden. Die Gemeinden stellen ein starkes Staat dar, sie müssen ein gut Teil der Arbeit des Staates übernehmen, die Idee der Selbstverwaltung muß die Grundlage sein für die Tätigkeit der Gemeinden. In manchen Teilen des Landes sei wegen der Zusammenfassung von Bezirksverbänden ein Kampf entstanden, aber Theorien lassen sich nicht immer verwirklichen. Es werden nicht leistungsfähige Gemeindeführer wohl noch zusammengebracht werden müssen. Nicht Kleinmut darf entstehen, wenn die Gemeinden sich um immer mehr Dinge kümmern müssen. Wenn dies zum Grundgedanken der Drogen der Gemeinden wird, dann braucht es uns nicht zu bangen vor der Zukunft unserer Heimat und des Vaterlandes (Beifall).

Abg. Schneider übermittelt die Grüße des Landtagspräsidenten und Oberbürgermeister Dr. Meißner-Bruchsal namens der Städteverbände. Die Städte und Gemeinden müßten einig sein in dem Ausbau der Selbstverwaltung. Rechte bedingen aber auch Pflichten, die mit Hilfe der Regierung getragen werden sollen.

Hierauf erstattet der 2. Vorsitzende Bürgermeister Menge-Gernsbach den Tätigkeitsbericht, aus dem hervorzuhelien: Die Verhältnisse fordern wieder die Steuerhöhe der Gemeinden. Das badische Steuerunterverteilungsgesetz ist nicht günstig. Das Wohnungswesen gehöre heraus aus dem Rathaus, dann werde viel Unruhe beseitigt. Er gibt eine instruktive Darstellung der Steuerfragen und sonstigen Gemeindeangelegenheiten, die in den nachfolgenden Entschlüssen niedergelegt sind. Im Befreiungsgesetz liege ein bitterer Unrecht gegenüber den nicht vollbeschäftigten Gemeindebeamten.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters Becherer-Friedrichsfeld wird eine

Entschlußfassung

angenommen, in welcher gefordert werden: Vereinheitlichung der finanzpolitischen Maßnahmen bezüglich der Einkommensteuer, 50 % von dem Landesanteil, Kassenausgleich, Wiederverzweigung der Verzinsungssteuer, Einführung des alten Systems der Schatzungsrate, gesetzliche Regelung der Jagdverpachtungen nach den Sätzen der Vorkriegszeit, die Entziehung der Reichszuschüsse an die Befreiungen wird aufs schärfste verurteilt.

Ministerialrat Weichsel vom Finanzministerium hielt eine Verteilung der Einkommensteueranteile nach Bedarf für sehr schwierig, zudem sei die Veranlagung von 1919 zugrunde gelegt. Baden hat gegen die Entziehung der Zuschüsse Einwand erhoben, aber mit wenig Aussicht. Die Grund- und Gewerbesteuer werde allerdings überspannt werden müssen, aber vor einer Änderung des ganzen Finanzsystems sei keine Aussicht auf Wiedergang.

Es folgen eine Reihe von Wünschen aus der Versammlung heraus, worauf Bürgermeister Bitter-Neubach zu den Finanzfragen spricht. Es werde wohl dem Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen das Wort geredet, aber die dadurch folgende Miethsteigerung könne von der Allgemeinheit nicht getragen werden.

Eine einstimmig gefällige Entschlußfassung befragt: Solange der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen nicht möglich sei, müßten in der Regierung den Gemeinden entsprechende Mittel zur Baulätigkeit zur Verfügung gestellt werden. Es dürfe auch nicht an den geforderten 200 Quadratmeter Garten für jedes Gebäude fehlen.

Minister Kemmle bemerkt hierzu: Der freie Markt in der Bauwirtschaft müsse wieder geschaffen werden. Wenn der Mietzins auf circa 60 Prozent der Friedensmiete gesteigert worden ist, könne der langsame Abbau der Zwangswirtschaft beschritten werden. Die Regierung kann dem besten Willen nicht mehr aufbringen. Derunter von der Zwangswirtschaft, desto schneller kommen wir zu Wohnungen.

Nachdem noch weitere Aussprache erfolgt, werden eine Anzahl Entschlüsse gefaßt. Darnach sei eine Änderung des Bürgerrechts nicht mehr erforderlich. Bezüglich der Gebäudesicherung sollten unzumutbare Gefahrenlasten beseitigt und ein tragbares Steuermaß geschaffen werden. Im Hinblick auf die unerwünschten Lasten der Fürsorgepflichtverbände müßte größte Sparamkeit eingehalten werden. Ein Ausbau der Bezirksverwaltungen sei zweckmäßig durch Kreisverwaltungen.

Hierzu betont Minister Kemmle: Baden ist in seiner Verwaltung schon überorganisiert. Kreisverwaltungen stehen im Widerspruch mit der erweiterten Selbstverwaltung. Die ganzen Probleme sind noch nicht gelöst; er wolle dem Landtag den Vortritt hierin lassen.

Altbürgermeister Julier geht sodann auf den Befreiungsabbau ein. Bewährte Einrichtungen, wie das Grundbuchwesen, sollten beibehalten und nicht Reichsgerichte in Baden ausprobiert werden. Man habe zu viel zentralisiert. Das flache Land dürfe im Schulwesen nicht schlechter gestellt werden als die Städte.

Oberregierungsrat Siefert vom Justizministerium erklärt die leistungsfähige Grundbuchordnung für die ideale vom Standpunkt der Bevölkerung. Die Vereinfachung der Verwaltung erfordere eine Aenderung, indem nur der Land selbst zum Amtsgericht kommen solle, die Abschrift bleibe bei den Gemeinden.

Nachdem noch Person namens des Reichsverbandes seinen Standpunkt dargelegt, wird einer Entschlußfassung zugestimmt, in welcher sich die Versammlung bezüglich des Abbaus verwahrt, wenn dieser zum Nachteil der Landesbevölkerung erfolgt, wie bei Steuerentlastungen, Grundbuchwesen, Postagenturen und Schule. Auch eine Beschränkung der Streunungen sei nicht anzuhängen; diese müssen den Gemeindeverwaltungen überlassen bleiben.

Schließlich werden noch harte Vorwürfe erhoben wegen des Gebarens des Badenwerts gegenüber dem Stromabnehmern. Der Mitgliedsbeitrag wird für je 100 Einwohner auf 2 M. festgelegt. Nachdem Altbürgermeister Julier-Ringolsheim nicht mehr aktiver Gemeindebeamter und die Wahl in den Reichstag mehr Pflichten auferlegt, gibt er das Amt als 1. Vorsitzender des Verbandes ab; seine Verdienste werden mit der Ernennung zum Ehrenpräsidenten gewürdigt und Bürgermeister Menge-Gernsbach zum 1. Verbandsvorsitzenden einstimmig gewählt, desgleichen Bürgermeister Bitter-Neubach zum 2. Vorsitzenden. Die Tagung 1925 soll in das Hinterland gelegt werden. Zum Schluß lud Oberbürgermeister Dr. Meißner-Bruchsal die noch verbleibenden Teilnehmer zu zahlreicher Teilnahme an der Schloßfestigung ein. Um 1/2 Uhr schloß die so anregend verlaufene Landesversammlung. Abends folgte noch ein Abschiedsbanquet.

Aus Baden

Badische Bauernvereins-Tagung.

Konstanz, 25. Mai. (Drahtbericht.) Heute vormittags tagten die badischen Bauernvereinsorganisationen im Konzilsgebäude. Der alle drei Jahre stattfindenden großen Mitgliederversammlung gingen der Generalversammlung am Samstag nachmittags die engeren Vorstandssitzungen und am Sonntag vormittags die verschiedenen Generalversammlungen der Landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Badischen Bauernbank voraus.

Nachdem die 16. Generalversammlung der Eierzentrale und der Badischen Geflügelverwertungsgenossenschaft stattgefunden hatte, schloß sich die 18. Generalversammlung der Badischen Bauernbank, die von Freiherrn von Neusingen geleitet wurde, an. Direktor Dillingen-Freiburg gab den Jahres- und Rechenschaftsbericht bekannt. Ueber die Verminderung des Reingewinns berichtete der Vorsitzende. Der Aufsichtsrat beschloß, die Spareinlagen mit 25 Proz. des Goldmarkbetrages aufzuwerten. Bei den Statutenänderungen wird die Einzelhaftsumme auf 10000 M. und der Geschäftsanteil 1000 M. festgelegt. Die Höchstgrenze aufzunehmender Darlehen wurde auf 20 Millionen Mark und die Höchstkreditgrenze gegenüber den Genossenschaften auf 200 M. pro Mitglied festgelegt.

An die Generalversammlung der Badischen Bauernbank schloß sich die 14. ordentliche Generalversammlung der Zentrale für Bezugs- und Absatzgenossenschaften an. Direktor Burchardt erstattete den Jahres- und Rechenschaftsbericht, der infolge der Geldinflation im vergangenen Jahre ein trostloses Bild gab. Wichtig aus der Tagesordnung ist, daß die Barenanteilscheine aufgemerzt werden. Die Aufwertung soll so beschleunigt werden, daß sie noch im Juni erfolgen kann. Ab 1. Juli soll eine 2%ige Verzinsung der Barenanteilscheine vorgenommen werden.

Dieser Versammlung schloß sich der 16. ordentliche Verbandstag des Genossenschaftsverbandes der Badischen Bauernvereins an, den Staatsrat Weichsel-Pfullendorf leitete. Der Verband kann über eine Haftsumme von 30 Millionen Mark verfügen. Eine besondere Frage, die den Genossenschaftsverband immer beschäftigt, ist die Steuerfreiheit für die im Reichstage ein Antrag eingegangen ist. Es wurde von der Versammlung auf Beschlußfassung des Aufsichtsrates ein Kreditausfluß gebildet mit Landeskommissar Hecker als Vorsitzender.

Zur Hauptversammlung am Nachmittag hatten sich ungefähr 1000 Mitglieder eingefunden. Als erster ergriff der Präsident des Badischen Bauernvereins, Staatsrat und Abgeordneter Weichsel-Pfullendorf das Wort zu seiner Eröffnungsrede und begrüßte die so zahlreich erschienenen Teilnehmer, besonders die Ehrengäste. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand eine große bedeutungsvolle Rede des Verbandsvorsitzenden Dr. Mengheister. Die Versammlung nahm eine Reihe von Entschlüssen an, so u. a. über die Agrarkrise. Im Interesse der Allgemeinheit wird verlangt, daß eine mehr landwirtschaftsfreundlichere Politik

Platz greife. Im einzelnen seien hauptsächlich erforderlich: Verbilligung der Produktionsmittel, Schutz der heimischen Produktion, endlich die Wiederherstellung des Fleischbeschaugesetzes in der Fassung des Jahres 1913. Zur Landes- und Fortwirtschafsunfallversicherung wurde ebenfalls in einer Entschlußfassung Stellung genommen. Hier wurde eine alsbaldige Umgestaltung der bestehenden Zustände gefordert und eine weitgehende Stundung in der Bezahlung der Beiträge oder Nachlaß verlangt. Zum Steuerwesen nahm die Versammlung ebenfalls in einer Entschlußfassung Stellung. Jede Besteuerung soll künftig wieder auf dem Grundsatze der Gerechtigkeit und steuerlichen Leistungsfähigkeit aufzubauen werden. Die Steuer soll vereinfacht werden. Besonders sei die Erhaltung der den besonderen landwirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßten Steuerentlastungen dringend erforderlich. Die doppelte Besteuerung des erwerbenden Vermögens in der Landwirtschaft durch die Vermögens-, Grund- und Gewerbesteuer müsse beseitigt werden. Der landwirtschaftliche Eigenverbrauch soll von der Umsatzsteuer ausgeschlossen werden. Die Rentenbankgrundschuldbriefe nach der Wehrbeitragsberechtigung ebenfalls reichhaltig berichtet werden. Zum Wohnungswesen und zur Landwirtschaft wurden ebenfalls Entschlüsse gefaßt.

Es wurden gewählt: Staatsrat Joseph Weichsel-Pfullendorf als Präsident, Freiherr v. Stöckingen in Stöckingen, als erster Vizepräsident, Landwirt und Abg. Lambert Schill in Mershausen als zweiter Vizepräsident.

Aenderung im Vorstand des Badischen Molkereiverbandes.

Karlsruhe, 26. Mai. In der Ausschusssitzung des Badischen Molkereiverbandes wurde an Stelle des bisherigen Präsidenten Bürgermeister Kloss-Vermetingen, der aus persönlichen und technischen Gründen von seiner Wiederwahl abzuweisen hat, der langjährige Molkereivorstand Karl Wahl in Eberheim einstimmig zum Verbandspräsidenten des Verbandes gewählt. Durch die Annahme der Wahl zum Vizepräsidenten an Stelle des zurückgetretenen Direktors Schön bleibt die bewährte Arbeitskraft des Bürgermeisters Kloss auch weiterhin dem Verband erhalten. Präsident Wahl hat bereits sein Amt durch die Leitung der Verhandlungen der 29. Generalversammlung des Molkereiverbandes angetreten. Die Organisation des Verbandes umfaßt gegen Ende des Jahres 1923 205 Mitglieder. Der Tätigkeit dieser Organisation ist es anzuzuschreiben, wenn die Milch- und namentlich auch die Fettwerkstoffe des Landes während der Zwangswirtschaft und in der Nachkriegszeit einigermaßen aufrecht erhalten bleiben konnte.

Gedenkstern für Adolf Schmittner.

Heidelberg, 26. Mai. Am Samstag, halb 12 Uhr vormittags, fand die Einweihung der Gedenkstern für Adolf Schmittner in Heidelberg statt. Um bei dem räumlich beschränkten Platz ein größeres Gedränge zu vermeiden, hatte man die genaue Stunde nur persönlich Geladenen bekanntgegeben, die sich in großer

Tagung der bad. Grund- u. Hausbesitzervereine

Baden-Baden, 26. Mai. Der Verband badischer Grund- und Hausbesitzervereine hielt hier seine 22. ordentliche Verbandstagung ab, die aus allen Landesteilen einen sehr starken Besuch anwies. In der geschlossenen Mitgliederversammlung wurde von dem Verbandsvorsitzenden Abg. von Au, Mannheim, der Jahresbericht erstattet, in dem die Lage des Hausbesitzers als geradezu hofflos geschildert wird. Nach wie vor müsse das Hauptziel der Abbau der Zwangswirtschaft im Hausbesitz sein. Dazu sei aber vor allem notwendig, daß die Miete wieder auf eine Höhe gebracht werde, durch die eine gewisse Rente des im Hause investierten Kapitals garantiert sei. Nur auf diese Weise könne die Baulätigkeit gehoben werden. Leider sei man an maßgebender Stelle immer noch der Meinung, daß der Hausbesitz die Pflicht habe, aus eigenen Mitteln die Wohnungsnot zu heben, ohne jede Entschädigung. Es sei geradezu sinnlos, wie man den Besitz enteigne und weiterere, hier müsse unbedingt eine Aenderung eintreten, nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern im Hinblick auf den gelunden Wiederaufbau überhaupt. Erfreulich sei es, daß auch in Miederfranken langsam die Erkenntnis aufkomme, daß eine gesunde Wohnungspolitik auch den Mietern zugute komme.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß die badischen Amtsgerichte die Entschädigung auf Grund des Mieterbeschuldengesetzes verschiednen fällen, daß man sich oft fragen müsse, ob denn auf diesem Gebiete keine bestimmten, einheitlichen Richtlinien geschaffen werden können.

Bei Behandlung geschäftlicher Angelegenheiten wurde mitgeteilt, daß der Verband 100 Vereine mit rund 25000 Mitgliedern umfaßt.

Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand: 1. Verbandsvorsitzender Abg. von Au, 2. Vorsitzender Präsident Willeit-Karlsruhe, Schriftführer E. Sator, Mannheim und Redner M. von B., Mannheim, einstimmig wieder gewählt.

Zu der öffentlichen Tagung am Sonntag hatten das Arbeitsministerium und die Stadtverwaltung Vertreter entsandt. Vorträge hielten Architekt C. Eines, Karlsruhe, über „Mietpreise und Wohnungswirtschaft“, Stadtverordneter Schwarz, Karlsruhe, über „Abbaumassnahmen“ und Architekt Willeit, Karlsruhe, über „Mietzinssteuer“. Die Forderungen der Redner wurden in Entschlüssen zusammengefaßt. Darin wird u. a. gegen die vorgelegene Befreiung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der Gärtnereien von der Mietzinssteuer protestiert. Verlangt wurde weiter, daß zur Behebung der Wohnungsnot nicht 10 Proz., sondern der ganze Ertrag der Mietzinssteuer rechos dem Wohnungswesen und zwar der freien Wirtschaft, zugeführt und daß dem

Hausbesitzer eine angemessene Rente aus dem von ihm im Laufe festgelegten Kapital zuteil wird. Ferner verlangen die Hausbesitzer für den Einzug der Mietzinssteuer, für ihre Bemühungen und für das Risiko eine 10prozentige Entschädigung, wie sie die Stadtverwaltung vom Staat für den Einzug der Wohnabgabe erhoben haben.

In einer weiteren Entschlußfassung wird die tiefste Entschädigung über die entrichtende Behandlung der badischen Hausbesitzer bei der Mietzinsfestsetzung seitens des Arbeitsministeriums ausgesprochen. Der Verbandstag ermarktet, daß der Arbeitsminister im Hinblick auf die Mietzinsregelung in den Nachbarländern, namentlich in Württemberg, möglichst noch für den Monat Mai eine wesentliche erhöhte Mietzinsfestsetzung herbeiführt. Sollte aber ohne Rücksicht darauf, daß der Hausbesitz die Hauptgrundlage der Steuerzahlung darstellt, der Arbeitsminister, sei es aus Parteirücksichten, sei es aus Mangel an Verständnis für die Materie, dem durch die unfaire Zwangswirtschaft ohnedies entkräfteten und verarmtesten Hausbesitzer dieses Existenzminimum nicht zubilligen, so müßten die Hausbesitzer allen Ernstes seinen sofortigen Abbau verlangen, um Volk und Land vor weiteren Schädigungen zu bewahren.

In der sich anschließenden Aussprache nahm Oberregierungsrat Hardegg die Stellung des Arbeitsministeriums und des Arbeitsminister selbst gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz und wies darauf hin, daß das Wesen der Steuerlasten des Hausbesitzers gar nicht auf die badische Regierung oder das Arbeitsministerium, sondern auf die Reichsregierung zurückzuführen sei. Die Vorwürfe gegen den Arbeitsminister hätten zum Teil das Maß sachlicher Kritik überschritten und seien energisch zurückzuweisen, vor allem die Vorwürfe, als habe sich der Arbeitsminister von Parteirücksichten in seinen Entschlüssen leiten lassen. Die Mietzinssteuer in Baden seien so hoch wie in anderen Staaten; mit den Einnahmen aus der Miete könne man schon etwas machen. Man habe eingesehen, daß der Satz von 35 Proz. der Miete nicht genüge und habe deshalb den Satz auf 40 Proz. erhöht. Durch die dritte Steuerreformordnung sei der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnwesen in die Wege geleitet.

Diesen Ausführungen des Regierungsvertreters wurden von zahlreichen Rednern widersprochen. Dabei wurde u. a. unter stürmischem Beifall der Versammlung gefordert, daß der Arbeitsminister sofort seinen Posten verlasse, weil er nicht nur das Vertrauen eines großen Teiles des badischen Volkes nicht mehr habe, sondern auch deswegen, weil der Ausgang der Reichstagswahlen gezeigt habe, daß die Sozialdemokratie zu Unrecht zwei Ministerposten befehligt habe. In den weiteren Besprechungen wurde noch die Hypothekenfrage erörtert und als Tagungsort für 1925 Konstanz bestimmt.

Schule und Kirche

Aus dem evang. Kirchendienst. Die in diesem Frühjahre abgehaltene 2. theol. Prüfung...

Briefkasten

Lehrer J. Ed. B. Die sehr empfehlenswerte...

Wirtschafts- und Handelsteil.

Die Geschäftsaufsicht.

Von Syndikus H. C. Pfaff-Mannheim. In der Bekanntmachung des Bundesrats über die Geschäftsaufsicht zur Anwendung des Konkurses...

Sport-Spiel

es. Deutsche Automobil-Ausstellung 1924. Die diesjährige Ausstellung vom 26. September bis 4. Oktober...

18,5 beahft. Fälliges Geld bebana vormittags zwischen 1/2-3/4 pro Mille und war jederzeit leicht zu haben...

Frankfurter Nachbörse. = Frankfurt a. M. 26. Mai. Im späteren Verlaufe blieb die Börse geschäftlos bei geringen Kurschwankungen...

Zahlungsmittel der Oststaaten vom 26. Mai. Devisen: Bukarest 1.97-1.99, Kattowitz 80.77 bis 82.89...

Mannheimer Effektenbörse. Mannheim, 26. Mai. (Draht.) Die Effektenbörse hatte ziemlich unveränderte Kurse...

Berliner Produktenbörse. m. Berlin, 26. Mai. Am Produktenmarkt blieb das Inlandsangebot für Brotgetreide sehr gering...

Mannheimer Produktenbörse. m. Mannheim, 26. Mai. (Draht.) Bei der heutigen Börse war die Tendenz etwas freundlicher...

Industrie / Handel / Verkehr. Kraftwerk Lauscha. Die Bilanz der Gesellschaft weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 1923/24 einen Reingewinn von 1.184.937 Fr. aus...

Berliner Börse. = Berlin, 26. Mai. Die Börse verlief wiederum bei lustlosem Geschäft in abgesehen wäherer Haltung...

Mengen solcher Hölzer als Brennholz abwandern, wobei die Eigner noch eher auf ihre Rechnung kommen.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie. Nach Newport: D. Mount Clay am 27. Mai, D. Albert Ballin am 5. Juni...

Märkte. Mannheimer Kolonialwarenborse vom 26. Mai. Kaffee-Santos 3/4-4, gemascht 4,8 bis 6,10...

Bremser Baumwollnotierungen vom 26. Mai. Schlußkurs: Amerikanische Baumwolle fully good middling Colour 28 mm Staple lot 34.20...

Allgemeine Wirtschaftsfragen. Ausstellung des Verbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler. Die Reichsausstellung des Reichsverbandes deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler ist in den Ausstellungshallen auf der Theresienwiese in München eröffnet worden...

Die Arbeitsmarktlage in Baden hat sich in der verflochtenen Woche nicht erheblich geändert. Die Erwerbslosenziffer ist um 550 zurückgegangen und beträgt heute 13.250...

Frankfurter Getreidebörse.

Table with columns: 100 kg Parit. Frankfurt, Goldmark, 100 kg Parit. Frankfurt, Goldmark. Rows include Weizen, Roggen, Sommergerste, Hafer, etc.

Nach Sachwert verzinsliche Schuldverschreibungen. In Billionen Mark das Stück.

Table with columns: Für, 1 To, 50, 100, 200, 500, 1000. Rows include Badenwerk Kohlenw.-Anl. v. 1923, Hess. Braunkohle-Rogg.-Anl., etc.

Bekanntmachung.
 Rubeschalter und Hinterstüberer-Heizung für Juni 1924 werden an die Gasempfangler am 28. Mai 1924 im Versorgungsamt gasab (nicht am 31. Mai in Stefanienstraße 74).
 Versorgungsamt Karlsruhe.

Versteigerungen Th. Heisch
 (auch auswärtig) 1. beid. Versteigerer.
 Lokal: Kurvenstr. 19, Büro: Goethestr. 18. Tel. 2725.

Versteigerung.
 Mittwoch, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr, ver-
 steigere im **Durlacher Hause 58**, im Friedrichsbau
 2. Stock, Zimmer 36: 1 Schlafzimmer, eiche, beheizt,
 aus 2 kompl. Betten, 1 dreiteiliger Stiegelehrauf
 1 Schlafkommode, 2 Waschtische mit Marmor, 1 kompl.
 Kücheneinrichtung, 1 Buffet, 1 Korb, 2 Stühle,
 1 weißer Gemälde, ferner 1 Gattellongue, 1 Tisch,
 2 Sessel und Bilder. Alles wie neu.
D. Gutmann, Auktionator, Rudolfstr. 12.

Versteigerungen A. Aldermann
 Erlanger Str. 86. Tel. 5516. Amtl. beidseitig. Auktionator.

Lichtbilder
 in Monats- und Wochenkarten, genau nach Vorschrift,
 sowie Passbilder sofort.
Atelier Rausch & Pester, Erbprinzenstr. 3.

Prima Speisekartoffeln
 gelbleisige Industrie und Odenwälder
 Blaue sowie rote Wohlmann, Sorten
 nicht gemischt, schöne gesunde Ware
 zentnerweise Abgabe ab Lager
Preisabschlag
 in Mehl, Hühnerfutter und sonstigen
 Futter- und Düngemitteln.
Bad. landw. Hauptgenossenschaft
 e. G. m. b. H. Karlsruhe
Zweigstelle Karlsruhe
 Telefon 4620
Lager: Schlachthausstraße 11
 geöffnet von 7—4 Uhr.

FUTTERSTOFFE
 für Herren- und Damenkleiderei, sowie sämtliche
 Schneiderarbeiten, **en gros — en detail**
 an billigen Tagespreisen empfiehlt
Peter Nees, Herrenstraße 42.

Zum Hausputz
 empfehle
 In Parkett- und Linoleum-Wichse
 Roths Parkett-Putzöl, Terpentinöl
 Parkett- und Linoleumseife,
 Parkett-Wischtücher,
 Parkettbürsten, Bleischrubber,
 Stahlspäne, Stahlwolle,
 Cirine, Parkettrose, Ceika-Creme,
 Spiritus- u. Bernstein-Fußbodenlack,
 Grundierfarbe, Leinöl, Pinsel,
 Roths Schnellrockenöl (Treppenöl),
 Roths staubbindendes Bodenöl,
 Putzwolle, Putztücher, Putzwerk,
 Schrubber, Putzbürsten, Schmierseife,
 Waschseife in bekannter Qualitätsware,
 Ata, Vim, Saponia-Scheuerpulver,
 Teppich-, Kehr-, Hand- u. Straßenbesen,
 Teppichklopper, Möbelpinsel, Möbel-
 politur, Möbelwichse, Fensterleder,
 sowie alle sonstigen Putzartikel
 in bekannter Güte und Preiswürdigkeit.
 Lieferung auf Wunsch frei Haus.
CARL ROTH
 DROGERIE TEL. 180 & 890

Wir machen hiermit unseren Freunden die schmerzliche Mitteilung, daß
 unser langjähriger I. Vorsitzender
Dr. Karl Schmidt
 Professor an der Lessingschule Karlsruhe
 am Samstag, 24. Mai, abends 1/2 9 Uhr, im Akad. Krankenhaus in Heidelberg
 plötzlich gestorben ist.
 Wir alle werden dem Toten, dessen hingebende Arbeit für unsere große
 Sache unvergessen bleiben soll, ein treues Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr,
 in seiner Heimat in Hoffenheim (Amt Sinsheim) statt.
Deutschnationale (christliche) Volkspartei.
 Ortsverein Karlsruhe.

PELZWERKSTÄTTE
 Kaiserstraße 94 Georg Kumpf Kaiserstraße 94
 neben Warenhaus Tietz früher Douglasstraße 8 neben Warenhaus Tietz
 empfiehlt sich in
Neuarbeiten — Umänderungen — Reparaturen
von Mänteln, Jacken und sämtlichen Pelzen
 Billigste Berechnung Prompte Lieferung
Neueste Modelle eingetroffen.
 Große Auswahl in Mäntel, Jacken und Pelzgarituren.

Fettiges Haar Beissen, Jucken Haarausfall
 werden mit Gg. Schneider & Sohn's garantiert echter
Brennessel-Haartinktur
 (nach indischer Art gebraut) entfernt
 Preis per 1/4 l Fl. 1.50, 1/2 l Fl. 3.—, 1 l Fl. 5.—
Gg. Schneider & Sohn
 I. württ. Haarheilanstalt
 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21 A, Tel. S. A. 23512
 30-jähr. Tätigkeits- — Beratung und mikroskopische
 Haar-Untersuchung von 10—12 und 3—6 1/2 Uhr.
 Samstags den ganzen Tag geöffnet. Sonntags geschlossen.
 Auswärtige: Ausgegogene Haare einsenden!
 Niederlage in Karlsruhe: **Adolf Dürr, Parfümerie- und Mode-**
waren, Bahnhofplatz 4 (gegenüber dem Bahnhof).

Verlag C. F. Müller, Karlsruhe (Baden)
 Aitterstraße 1 Telephone 297
 In 2. Auflage ist erschienen:
Eugen Fehle
Heimatkunde in der Schule
 Nr. 8 der heimatkundlichen Schriftenreihe
 „Von Bodensee zum Main“
 Herausgegeben vom Landesverein Badische Heimat
 Das das Heft von Eugen Fehle über „Heimatkunde in der
 Schule“ in 2. Auflage erscheinen konnte, ist der beste Beweis
 für seine Brauchbarkeit. Man merkt an der neuen Bearbei-
 tung die bessere Hand u. das Heranrücken der neuesten Literatur,
 die den Benutzer ins einzelne tiefer einführen kann. Auch der
 größere Druck und die Bildbeigaben wird man angenehm emp-
 finden. Die Schrift wendet sich in erster Reihe an unsere Lehrer.
 Fehle zeigt an vielen Stoffgebieten, was hier geboten werden
 kann. Er zieht Märchen, Sage, Volkslied, Volkstanz, Dren-
 kronen, Naturkunde, Flurnamen, demalliche Pflanzen, die
 Wandert u. a. m. in den Kreis seiner Betrachtung, und betont,
 wie durch deren Pflege in der Schule Heimatliebe, Volks-
 bewußtsein und Staatsgefühl ausgebildet werden. Das Buch-
 lein ist klar, anschaulich, warmberührend, ohne rechtliche Anfor-
 derungen, dafür aber sachlich gehalten geschrieben und unentbehrlich für
 veranwortungsbewusste Erzieher.
 32 Seiten mit 7 Abbildungen. Preis 1.50 Goldmark
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von uns.

Bitte
 nicht bis kurz vor den
Feiertagen
 mit der Einlieferung der Wäsche warten.
Wäscherei Schorpp
 Annahmestellen in allen Stadtteilen.
Setzlinge
 Blumenkohl, Weißkraut, Rotkraut, Wirsing, Kohlrabi,
 Sellerie, Lauch, Astern, Levkojen, in echten
 Jean Kern, Gartenbau, Kronenstr. 3
 3 guten Sorten. Teleph. 1204

Buchenes Brennholz
 ofenfertig, hat laufend abzugeben, frei Haus
 Zentner M. 2.—
Holzschneefabrik Josef Schorpp,
 Durmersheim in Baden.

Nebenbedürfnisverein
Große Hellerlinien
 Pfd. 58 Pfg.
gelbe Viktoria-Erbisen
 ganze, extragroß
 Pfd. 30 Pfg.
 desgleichen, gepalpen
 Pfd. 20 Pfg.
grüne Erbsen
 gefchält
 Pfd. 40 Pfg.
 desgleichen, gepalpen
 Pfd. 35 Pfg.
 Täglich frische
Süßrahmtafelbutter
 Pfund M. 2.40
1st. echter Bienenhonig
 in Gläsern.
 Soeben eingetroffen:
 neue gelbe
Italiener Kartoffeln.

Die Geburt ihres zweiten
Sohnes zeigen an
Zahnarzt Dr. Ernst Frey
 u. Frau Toni, geb. Laqueur
 Karlsruhe, 26. Mai 1924.
 Westendstr. 33

Gasthaus „Hochfirst“
 Saig, 1/2 Stunde von Titisee, 1000 m ü. M.
 Passanten und länger Aufenthaltsuchende finden
 daselbst gute Verpflegung bei mäßigen Preisen.
 Besitzer: **W. Zimmermann.**
Badisches Landestheater
 Dienstag, den 27. Mai 7 1/2 bis 10 Uhr
 Sperrsatz I & 5.40, Ab. D 28. Th.-Gem. B.V.B.
 Nr. 7401—7800
Violetta (La Traviata)

Colosseum
 Dienstag, 27. Mai
Nur noch einige Tage!
 Es ringen:
Gebhardt
 Berlin
 gegen
van den Born
 Holland
Sauerer
 München
 gegen
Christensen
 Schweden
Ziich
 Oesterreich
 gegen
Charuschin
 Rußland
 Mittwoch, 28. Mai 1924
Walter Hasenklever
 liest
aus eigenen Werken
 im Kleinen Festhallsaal
Gesichtsausschlag
 Bildet, mildert, beseitigt
 verschwinden meist sehr
 schnell, wenn man den Schaum
 von Zucker's Patent-
 Medizinisch-Salbe abends
 morgens abwäscht und mit
 Zucker-Creme nachtrich.
 Brochurige Erklärung, von
 Tausenden bezeugt. In allen
 Apotheken, Drogerien, Par-
 fümerie- u. Heilkräutlerläden.

Besuchs-Karten
 in großer Auswahl
 und hübscher
 Ausführung
 liefert
 rasch und preiswert
 Tagblatt-Druckerei
 Ritterstr. 1. Tel. 297

Freilichtspiele Walthaldenpark Ettlingen
 Sonntag, den 1. Juni 1924, nachmittags 4 Uhr
Sorquato Sasso
 Ein Schauspiel von Goethe. Leitung: Herr Felix Baumbach
 Vorverkauf von Eintritts- und ermäßigten Fahrkarten bei:
 Buchhandlung Kris Fischer, gegenüb. d. Hauptpost, Tel. 1072.
 Buchhandlung Heideck am Marktplat. Tel. 241 in Karlsruhe
 u. Abtalsbahnhof Karlsruhe sowie Buchhandlung Schmitt in
 Ettlingen — Eintrittskarten auch an der Tageskasse am Park-
 eingang von 3 1/2 Uhr ab.

Extra-Preise!
Strumpfwaren
 Damenstrümpfe
 schwarz, weiß und farbig, ohne
 Naht Paar **45**
 Damenstrümpfe
 verstärkte Ferse und Spitze,
 schwarz und farbig Paar **75**
 Damenstrümpfe
 Seidengriff, Doppelsohle und
 Hochferse Paar **95**
 Damenstrümpfe
 Seidenflor, Doppelsohle u. Ho-
 chferse Paar **2.75**
 Damenstrümpfe
 Kunstseide, Doppelsohle und,
 Hochferse Paar **2.25**
 Herrensocken
 grau, gute Qualität Paar **50**
 Herrensocken
 verstärkte Ferse und Spitze,
 moderne Farben Paar **75**
Handschuhe
 Damenhandschuhe
 Leinen imit., m. 2 Druckkn. Paar **95**
 Damenhandschuhe
 Leinen imit., elegante Aufnabt,
 2 Druckknöpfe Paar **1.45**
 Damenhandschuhe
 Leder imit., Riegelverschl., Paar **1.75**
 Herrenhandschuhe
 Leinen imit., Paar **95**
 Herrenhandschuhe
 Leinen imit., solide Ausführung
 mit 1 Druckknopf Paar **1.45**
Trikotagen
 Herren-Netzjacket
 Banddurchzug **1.10 95**
 Herren-Netzjacket
 halboffen, maccofarbig **1.45 1.25**
 Turnerjacket
 mit 1/2 Aermel, weiß **1.65 1.45**
 Damen-Schlupfhosen
 B'wolle, viele Farben Paar **1.95 1.75**
 Damen-Untertailen
 B'wolle, gewebt, ohne Aermel **1.25**
 Herrentrikothemden
 mit gestr. Piqueeinsatz **2.50 2.25**
 H'Einsatzhemden
 gebleicht, mit Rippeinsatz, gute
 Qualität **4.75 3.95**
Schmoller

Schlageter-Gedächtnisfeier
 der
Vaterländischen Arbeitsgemeinschaft Baden
 (Ortsgruppe Karlsruhe)
 im **Städt. Konzerthaus** am Dienstag, den 27. Mai, abends 8 Uhr.
 Mitwirkende:
 Herr Kammerlänger J. van Gorkom / Harmonieorchester (Leitung
 Musikmeister Rudolph) / Regitationen: Herr Walter Förster.
Gedächtnisrede Herr Karl Drefahl
 Eintrittskarten zu M. 0.80 und M. 1.20 in der Musikalienhandlung
 Fritz Müller und an der Abendkasse.

Volksschauspiel Ötigheim.
 Aufführung: Jeden Sonntag vom
 1. Juni bis 5. Oktober
 Ausgenommen: 29. Juni, 13. Juli und 31. August.
 = 700 Mitwirkende =
 Preise: 1—6 Mk., Stehplatz 50 Pfg.
 Anfang 1/2 2 Uhr Ende 1/2 7 Uhr.
 Fahrpreisermäßigung durch Sonntagfahrkarten.
 Vorverkauf:
 Ötigheim Theaterkasse, Tel. 61 Rastatt.
 Vorverkaufsstellen:
 Herder'sche Buchhandlung
 Zeitungskiosk beim Hotel Germania
 Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4
 Zigarrengesch. Herrmann, Sofienstr. 126
 Zigarrenhaus Brunner, Kaiser-Allee 29.

Freilichtspiele Walthaldenpark Ettlingen
 Sonntag, den 1. Juni 1924, nachmittags 4 Uhr
Sorquato Sasso
 Ein Schauspiel von Goethe. Leitung: Herr Felix Baumbach
 Vorverkauf von Eintritts- und ermäßigten Fahrkarten bei:
 Buchhandlung Kris Fischer, gegenüb. d. Hauptpost, Tel. 1072.
 Buchhandlung Heideck am Marktplat. Tel. 241 in Karlsruhe
 u. Abtalsbahnhof Karlsruhe sowie Buchhandlung Schmitt in
 Ettlingen — Eintrittskarten auch an der Tageskasse am Park-
 eingang von 3 1/2 Uhr ab.